Tagesbote für Untersteiermark.

Pränumerationspreis für Marburg.
Monatlich . . . . . fl. 70 kr.
Vierteljährig . . . . . „ 10 „
Aufstellung monatlich . . . . . „ 15 „
Eingelne Nummern 4 kr.

Organ der liberalen Partei.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Manuskripte werden nicht zurück gesendet.

Pränumerationspreis mit Post:
Monatlich . . . . . 1 Gulden.
Vierteljährig . . . . . 3 „
Ganzjährig . . . . . 12 „
Anfertigungsgeld 6 kr. v. Bekk.

Nr. 192.

Marburg, Dienstag 29. November 1870.

IX. Jahrgang

An unsere Leser!

Das tägliche Erscheinen eines Blattes ist mit sehr bedeutenden Unkosten verbunden, wir verweisen diesfalls nur auf die „Neue freie Presse“ in Wien, welche trotz ihrer großen Verbreitung zu einer Erhöhung des Abonnementspreises greifen mußte. Auch uns standen nur zwei Wege offen, eine namhafte Erhöhung der Abonnementspreise, oder eine Herabminderung der Erscheinungstage unseres Blattes; wir haben den letzteren gewählt. Vom 1. Dezember d. J. angefangen werden wir das Erscheinen des „Tagesboten für Untersteiermark“ sistiren und dreimal wöchentlich die „Marburger Zeitung“ als Lokalblatt mit ungeänderter politischer Richtung erscheinen lassen. Das Blatt wird Mittwoch, Freitag und Sonntag Morgens ausgegeben werden.

Zugleich erlauben wir uns auf die „Marburger Zeitung“ vom 1. Dezember angefangen das Abonnement zu nachstehenden Preisen zu eröffnen.

Pränumerationspreise.

Für Marburg:

ganzjährig	6 fl. — kr.
halbjährig	3 fl. — kr.
vierteljährig	1 fl. 50 kr.
für Zustellung ins Haus monatlich	10 kr.

Mit Postversendung:

ganzjährig	8 fl. — kr.
halbjährig	4 fl. — kr.
vierteljährig	2 fl. — kr.

Das Rothbuch.

Die dritte Abtheilung des Rothbuches behandelt die römische Frage; das klarste Bild über den Standpunkt der österreichischen Regierung gegenüber der römischen Kurie gewährt jedoch die Einleitung zu den bezüglichen Depeschen selbst, weshalb wir sie im Wortlaute anführen zu müssen glauben.

In ihren Beziehungen zur päpstlichen Kurie ist die k. und k. Regierung in der abgelaufenen Epoche zu einer wichtigen Entscheidung gelangt. In Folge der Beschlüsse des vatikanischen Konzils hat sie erklärt, daß sie das unter anderen Voraussetzungen abgeschlossene Konkordat nicht mehr als für sie verpflichtend anzuerkennen vermöge.

Die Aktenstücke, welche sich auf diesen Entschluß beziehen, sind zum Theile bereits bekannt, doch dürfen sie der Vollständigkeit wegen auch in der vorliegenden Sammlung nicht fehlen.

Das Ministerium des Reichthum hat den darin dargelegten Motiven keine weiteren Auseinandersetzungen hinzuzufügen.

Die Nothwendigkeit der Revidirung der vollen Freiheit der inneren Gesetzgebung ist seit Langem in so entschiedener Weise hervorgetreten und hat sich insbesondere gegenüber den Vorgängen im Konzil mit solcher Dringlichkeit geltend gemacht, daß ein Bedürfnis erneuter Rechtfertigung der Pönfälligkeitserklärung des Konkordates nicht vorliegen kann.

Dem gemeinsamen Ministerium, welches diesen bedeutsamen Schritt vollzogen hat, mag es jedoch geizigen, der festen Ueberzeugung an dieser Stelle Ausdruck zu leihen, daß nichtsdestoweniger die religiösen Interessen der Völker der Monarchie im vollsten Maße geachtet, gesichert und geschützt sein werden.

Ein anderes, unlängst eingetretenes folgenreiches Ereigniß hat die historische Stellung des Papstthums verändert.

Die weltliche Herrschaft des Papstes in Rom und im römischen Territorium ist nach dem Abzuge der französischen Garnisonen den vom Könige Viktor Emanuel im Namen der nationalen Wünsche Italiens geführten Waffen erlegen.

Die hohen Delegationen haben vollen Grund, zu fragen, welche Haltung die Regierung Oesterreich-Ungarns gegenüber dieser so wichtige Interessen berührenden und in ihren Folgen so wenig zu übersehenden Katastrophe beobachtet hat.

Die nachfolgenden Dokumente gewähren hierüber vollständigen Aufschluß, und das gemeinsame Ministerium, indem es auf dieselben Bezug nimmt, beschränkt sich darauf, die Gesichtspunkte, nach welchen sein Thun und Lassen sich bestimmt hat, hier noch einmal kurz zusammen zu fassen.

Die k. und k. Regierung hat mit allen andern Mächten, sowie mit den Gemäßigten aller Parteien den Wunsch getheilt, daß dem Konflikte zwischen der weltlichen Papstgewalt und den nationalen Bestrebungen Italiens durch den Einfluß der Zeit und durch friedliche Mittel eine versöhnende Lösung vorbehalten sein möge.

So oft sie geglaubt hat, daß die Reime einer solchen Versöhnung gelegt werden können, ist es ihr als Pflicht erschienen, sich für diesen Zweck angelerntlich zu interessiren.

Sie hat dies noch in dem Augenblicke gethan, als sich herausstellte, daß die von Italien gegenüber dem französischen Kaiserreiche eingegangenen Verbindlichkeiten ihren Werth nach jeder Richtung hin verloren hatten.

Sie hat die von ihrem Willen völlig unabhängigen Umstände tief beklagt, welche zuletzt denoch eine gewaltsame Lösung des größten moralischen Problems der Gegenwart herbeigeführt haben.

Aber sie hat unter den Verhältnissen unserer Zeit niemals daran denken können, zu thun, was Pius IX. selbst nicht von ihr verlangte, die französische Bataillone durch österreichisch-ungarische zu ersetzen, um durch Gewalt aufrecht zu erhalten, was sie lieber nicht durch Gewalt zerstört gesehen hätte.

Die päpstliche Regierung hat ihr nur den Wunsch ausgesprochen, die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs möge kundgeben, daß sie die Invasions des römischen Gebietes mißbillige.

Auch diesen Wunsch hat sie jedoch sich versagt, weil sie sich nicht für berufen gehalten hat, eine fremde Regierung, die den Nothwendigkeiten ihrer Lage gehorcht zu haben glaubt, zu tadeln und durch einen voraussichtlich erfolglosen Schritt zugleich ihr eigenes Ansehen und die erfreuliche Gestaltung ihrer Beziehungen zu Italien zu gefährden.

Die Besiznahme Roms hat die Fragen nicht abgeschlossen, welche Staaten und Gesellschaft in Europa bezüglich der künftigen Stellung des heiligen Vaters, bezüglich der internationalen Formulirung seiner Souveränitäts-Rechte bewegen.

Diese Fragen harren der Ordnung und der österreichisch-ungarischen Monarchie wird dabei, kraft des allgemeinen Gewichtes ihrer Stimme, kraft ihrer speziellen Beziehungen zu der Entwick-

der katholischen Kirche, und nicht in letzter Linie kraft der ungetrübt bewahrten freundschaftlichen Beziehungen zur italienischen Regierung eine hervorragende moralische Theilnahme nicht versagt sein. Die k. und k. Regierung hofft in den hohen Delegationen Billigung der politischen Richtungen zu finden, die sie in der Frage der Okkupation Roms festhielt.

Sie ist sich bewußt, das Interesse der Monarchie nicht einen Augenblick lang aus dem Auge verloren und es nach Möglichkeit im Einklange auch mit dem konfessionellen Interesse der katholischen Bevölkerung Oesterreich-Ungarns vertreten zu haben.

Mit aller Sorgfalt wird sie auch künftig diesen Einklang zu wahren suchen, und sie glaubt auf die Zustimmung Aller rechnen zu können, wenn sie der politischen Bedeutung Oesterreich-Ungarns dabei das volle, ihr gebührende Ansehen zu sichern entschlossen ist.

Zeitungschau.

Das „Vaterland“ bespricht den ersten Theil des Rothbuches und konstatiert, daß die Politik des Grafen Beust auf der ganzen Linie nur Mißerfolge aufzuweisen hat. Er habe sich zur Aufgabe gestellt mit Rußland und Preußen freundschaftliche Beziehungen herzustellen und diese Mächte haben sich in unsere innere, die galizianische Gelegenheit, gemengt, er wünschte den europäischen Frieden und wurde von einem der größten Kriege der Neuzeit überrascht, er suchte allerorten zu vermitteln und erfuhr überall die schroffste Abweisung; das „Vaterland“ kann somit von seinem Urtheile nicht abgehen, daß die Politik Beust's nicht zum Heile, sondern zum Verderben gereiche, ein Urtheil über welches die verschiedensten Parteien in Oesterreich selbstverständlich aber aus den verschiedensten Gründen einig seien.

Die „Politik“ unterzieht das Programm Potocky's, das Dezembermemorandum der Ministerminorität einer Kritik; den Grund warum Potocky nur Mißerfolge damit erzielte, findet die „Politik“ darin, daß dieses Programm trotz seinem Wohlwollen gegenüber der staatsrechtlichen Opposition für österreichische Verhältnisse nicht paßt und überhaupt unausführbar ist. Graf Potocky, dem nunmehr die Aufgabe einer neuerlichen Kabinettsbildung zugefallen, habe dieses Programm modifizirt, den Ausgleich mit der staatsrechtlichen Opposition in Böhmen aufgegeben und den Ausgleich mit den Polen allein zum Regierungsprogramme erhoben; gelingt dieser, werde man sukzessive denselben zu verallgemeinern suchen. Die „Politik“ erblickt auch in diesem Programme keinen Ausweg aus unsern Verfassungswirren und profesezt dem Grafen Potocky ein neuerliches Mißlingen.

Die „Neue Freie Presse“ bespricht die vom Kriegsminister an die Delegationen gestellten Geldforderungen, hinsichtlich deren nach ihrer Ansicht der Beweis der Nothwendigkeit noch nicht erbracht; es sei überhaupt unbegreiflich, daß trotz eines Normal-Kriegsbudget von 80 Millionen, unsere Armee bei jeder Gelegenheit als unzulänglich hingestellt werde. Die „N. Fr. Presse“ empfiehlt daher den Delegationen das Studium dieser Frage auf eindringlichste, jedoch ohne Hoffnung zu hegen, daß diese sich zu einer Politik der Sparsamkeit bekennen werden, nachdem die Polen und Ungarn die Majorität bilden, die ersteren durch einen Krieg eine Verbesserung ihrer Lage, letztere durch die Majorität erhoffen.

Die „Presse“ erörtert die orientalische Frage, und plaidirt für die Erhaltung des Friedens.

Oesterreich könne Rußland ein Paroli dadurch biegen, daß es seinen Einfluß im Oriente paralysirt und insbesondere sich die Freundschaft Serbiens, der Donaufürstenthümer und der serbischen Rajahs erwirbt; dadurch gekräftigt könne dann Oesterreich in kommenden Zeiten unter günstigeren Auspizien den Kampf mit dem nordischen Kolosse aufnehmen.

Den „Wanderer“, welcher die Eröffnungsrede, mit welcher der Kaiser die Delegationen begrüßte, in den Kreis der Besprechung zieht, beunruhigt der Ernst, mit welcher des russischen Zwischenfalles darin gedacht wird; dadurch werde Rußland das Zurückweichen um so schwieriger gemacht. Der „Wanderer“ findet Trost darin, daß die Gefahr doch vielleicht etwas zu grell geschildert wurde, um die Delegationen den Anforderungen des Kriegsministers gegenüber williger zu machen.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ beschäftigt sich mit dem gleichen Thema, daselbst hebt besonders hervor, daß die Ansprache an die ungarische Delegation den Ernst der Situation noch mehr betont als jene an die österreichische Delegation gerichtete Rede des Monarchen. Das „N. W. T.“ fürchtet, der Krieg werde allerdings nicht jetzt, sondern im Frühjahr nach Vollendung der russischen Rüstungen unvermeidlich sein.

Von den Delegationen.

(Wien.) Am 26. d. Mts. fand der feierliche Empfang der Delegationen von Seite des Kaisers statt.

Präsident v. Hopfen richtete folgende Ansprache an Se. Majestät:

Die Delegation des österreichischen Reichsrathes, von Eurer Majestät zur Ausübung der ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechte berufen, ist sich der hohen Wichtigkeit ihrer Aufgabe gerade in diesem Momente vollbewußt und wird dieselbe, geleitet vom wärmsten Patriotismus, von der pflichtmäßigen Sorge für das Wohl des Vaterlandes, zu lösen suchen. Vor allem aber wird dieselbe hiebei geleitet von jener Hingebung und Treue zu ihrem angestammten Herrscherhause, von welcher jeder Oesterreicher durchdrungen ist. Wollen Euer Majestät die Versicherung dieser unwandelbaren Gesinnungen huldvollst entgegennehmen.

Der Kaiser erwiderte darauf:

Die Worte der Ergebenheit, welche Sie im Namen der Delegation des Reichsrathes an Mich gerichtet, geben Mir Anlaß, zunächst Mein Bedauern über den verspäteten Zusammentritt der letzteren auszusprechen. Ich reiße aber unmittelbar daran den Ausdruck freudiger Genugthuung, Mich in diesem Augenblicke von den Vertretern Meiner beiden Legislativen umgeben zu sehen. Die wichtigen Vorgänge, welche in Mir den Wunsch hervorriefen, Mich des Rathes und der patriotischen Unterstützung der Delegation versichert zu sehen, haben ihre Bedeutung nicht verloren. Es sind sogar neue ernste Ereignisse hinzugegetreten. Ich rechne mit Zuversicht darauf, daß Sie, meine Herren, unter allen Umständen das thun werden, was der echte Patriotismus, was die unzertrennlichen Lebensinteressen der beiden Reichshälften erheischen, und in diesem vollen Vertrauen erwidere Ich Ihre herzliche Begrüßung.

Die Antwort des Kaisers an die ungarische Delegation war im Wesentlichen gleichlautend mit der soeben erwähnten.

Der Finanz-Ausschuß der Reichsraths-Delegation wählte zu Referenten des Kriegsbudgets Banhaus, Rechbauer, Demel, Figuly und beschloß, durch das Präsidium der Delegation den Finanzminister Holzgethan nach Pest einzuladen behufs Bekanntgabe, wie das Defizit zu decken sei, welches für Oesterreich durch die Erhöhung des Kriegsbudgets erwächst.

Die nächste Sitzung dürfte erst in zwei Wochen stattfinden.

Die ungarische Delegation hat die Wahl des Subkomites für die Budgetberatung vorgenommen.

Ueber die Reihenfolge, in welcher die einzelnen Gegenstände in Berathung gezogen werden sollen, entspann sich eine längere Diskussion, welche zu dem Schlusse führte, vor Allem die von der vorigen Delegation in Betreff der Armeen

ausgesprochenen Wünsche und Beschlüsse, sowie die vom gemeinsamen Kriegsminister diebezüglich ertheilten Antworten in Berathung zu ziehen; nach Erledigung dieser Angelegenheiten wird zuerst das ordentliche und dann das außerordentliche Armees-Erforderniß in Behandlung genommen werden.

Weiters wurde beschlossen, die gemeinsamen Minister für Krieg und für auswärtige Angelegenheiten, sowie den ungarischen Ministerpräsidenten vorzuladen, um in der nächsten Komitessitzung am 29. d. Mts. über die politische und militärische Lage Auskünfte zu geben. Die nächste Sitzung der ungarischen Delegation selbst ist unbestimmt.

Politische Uebersicht.

Inland.

(Wien.) Die Demission des Ministeriums Potocky wurde angenommen; darüber hegen sogar die Offiziösen nunmehr keinen Zweifel; anderseits steht fest, daß Graf Potocki mit der Neubildung des Kabinetts von der Krone betraut wurde.

Die Mitglieder desselben sollen der parlamentarischen Majorität insofern entnommen werden, als dieselben geneigt sind, den vom Grafen Potocki mit den polnischen Vertrauensmännern vereinbarten Ausgleich zu akzeptiren.

Sollte auf dieser Basis die Neubildung des Ministeriums mißlingen, so würde bloß Graf Taaffe und Petrino geopfert werden und durch Ressortminister ersetzt werden.

Wie man der „N. Fr. P.“ telegrafirt, konfiscirte Potocki mit Rechbauer und Grocholsky.

Die russische Antwortnote zeigt durchaus keine Nachgiebigkeit, sie sucht den Standpunkt der russischen Regierung in dieser Frage zu rechtfertigen. So viel steht fest, daß die Situation im allgemeinen friedlich aufgefaßt wird.

Trotzdem einige Blätter von einer bevorstehenden russischen Grenzsperrung gegen Galizien schreiben und die Rüstungen in Rußland in verstärkter Weise fortgesetzt werden.

Sehr beruhigend hat die Nachricht eingewirkt, daß Preußen eine Konferenz, welche in Konstantinopel tagen soll, befürwortet, welcher die Aufgabe zufallen würde, die pontische Frage auf friedlichem Wege auszutragen.

Ausland.

(Berlin.) Der Reichstrag hat die Berathung der Verträge mit den Südstaaten insoweit aufgeschoben, bis auch jener mit Baiern vorgelegt sein wird. Im Reichstage kam es zu sehr lebhaften Szenen; Bebel, der durch widersprechende Zwischenreden des Hauses und energische Ordnungsrufe des Präsidenten häufig unterbrochen wurde, sprach gegen die Bewilligung der Kriegsanleihe, gegen die Annexionen, gegen die Behauptung der Thronrede, daß das französische Volk den Frieden nicht wolle etc.

Anfangs erregte er Heiterkeit und Gelächter, dann tumultuarische Ausbrüche des Unwillens. Als der Redner zu einer völligen Schlußrede für Frankreich gegen Deutschland gelangte und behauptete, daß für die Bewilligung der Kriegsanleihe nur die bestehende Klasse „der Perzente wegen“ sei, erdröhnten von allen Plätzen aushaltende Schamrufe. Der Präsident appellirte an das Schamgefühl des Redners und drohte ihm mit Entziehung des Wortes.

Schließlich verzichtete Bebel auf die Weiterrede unter Zustimmungsrufen. Fast gleichen Sturm und gleiche Ordnungsrufe erzielte Liebknecht, indem er behauptete, Deutschland bekämpfte in Frankreich nur die Republik.

Basler führte Bebel, Löwe-Salbe, Liebknecht mit schlagender Logik ad absurdum.

Schließlich wurde die Kreditvorlage fast einstimmig angenommen. Der Vertrag mit Württemberg, welcher am 25. d. M. und jener mit Baiern, welcher am 23. vollzogen wurde, werden bis längstens den 30. dem Reichstage vorgelegt werden.

(London.) Die „Times“ schreibt: Die Antwort des Fürsten Gortschakoff traf am 25. bei Beginn des Ministerrathes ein. Dieselbe wird Montag erörtert werden. Gortschakoff hält die eingenommene Position fest, rechtfertigt diese Haltung, indem er auf die Verletzung des Vertrages

durch andere Mächte anspielt, und glaubt nicht, daß eine von Rußland beantragte Konferenz Aussicht auf Erfolg gehabt hätte.

Mordling Post widerspricht der Nachricht, daß die Kaiserin Eugenie und der kaiserliche Prinz England verlassen würden, um sich nach Kassel zu begeben.

Die Königin Viktoria wird demnächst der Kaiserin einen Besuch abstatten.

Der Observer bezieht die russische Antwort als in sehr versöhnlichem Geiste gehalten; sei ihr Inhalt auch noch nicht ganz befriedigend, so sei das Aufgeben des früheren diktatorischen Tones ein ganz klarer Gewinn im Interesse des Friedens.

(Florenz.) Der König empfing Rübed und Brassier (den österreichischen und preussischen Gesandten) am 26. Vormittags. Dieselben gratulirten dem Könige zu der Wahl des Herzogs von Aosta zum spanischen Könige. Drei Bankette werden für die spanische Deputation veranstaltet: vom Hofe, von den Manizipen und von der spanischen Gesandtschaft.

Der Florentiner Bürgermeister und die Municipal-Affessoren beglückwünschten den König wegen der Wahl des Herzogs von Aosta zum Könige von Spanien. Die spanische Deputation besteht aus 28 Deputirten, 2 Generaten, 61 Offizieren und 14 Kammerern.

Das gute Einvernehmen Italiens mit Portugal, welches unter der Minister-Präsidenschaft Saldanha's gestört wurde, ist wiederhergestellt. Marquis Odojini, der italienische Gesandte am portugiesischen Hofe, der hier verweilt, erhielt den Auftrag nach Lissabon zurückzukehren; der Repräsentant in London, Senator Cadorna, enthielt in London eine Fabrik, worin Tausendfranknoten der italienischen Nationalbank nachgemacht wurden. Er ließ die Falschmünzer verhaften.

(Rom.) Sämmtlichen auswärtigen Repräsentanten beim Heiligen Stuhle wurde die Encyclica, welche Viktor Emanuel erklommunizirt, mitgetheilt, bevor dieselbe an die Öffentlichkeit gelangte. Der „Osservatore Romano“ und der „Imparziale“ wurden wegen Reproduzierung derselben konfiscirt. Auch andere Journale werden die Encyclica mittheilen und gemeinsam die Einleitung eines Prozesses gegen sich verlangen.

Vom Kriege.

Die Nachrichten, welche vom Kriegsschauplatz eintreffen, zeigen, daß die preussische Armee es auf einen Hauptschlag gegen die Voirearmee abgesehen hat; es beweisen dies nicht nur die zahlreichen kleinen Gefechte, sondern auch die Nachricht, daß Garibaldi's Truppen angeblich per Eisenbahn nach dem Westen geschafft werden sollen, um General Aurelles zu verstärken.

Die erste Armee unter Mantouffel soll sich Amiens schon ziemlich genähert haben, während man über die Absichten des Prinzen Friedrich Karl ganz im Unklaren ist.

Die Eisenbahnverbindung zwischen Havre, Amiens und Brüssel ist noch ungestört. Nordwestlich von Le Mans stehen deutsche Armeetheile; dieselben berauben Havre seit 40 Stunden aller Verbindung mit dem Süden. Wahrscheinlich wird schon in den nächsten Tagen eine regelmäßige Verbindung zu Wasser über Cherbourg im Gange sein. Ob Le Mans schon im Besitze der Preußen ist, weiß man nicht.

Marburger und Provinzial-Nachrichten.

Marburg, 29. November.

(Gemeindeauschuss-Sitzung.) Am 1. Dezember findet eine ordentliche Sitzung des Gemeindeauschusses, die erste unter dem Präsidium des neugewählten Bürgermeisters Dr. Keiser statt; die Tagesordnung: Beantwortung der Interpellation bezüglich Aenderung der Sparcassen-Statuten; hierauf folgen Referate der Sektionen und zwar referirt die zweite Sektion über einen Antrag betreffend nothwendiger Aenderung von Vertragsverhältnissen zufolge der neugestalteten Schulverhältnisse, über 5 Unterstützungsgesuche; die vierte Sektion über einen Antrag betreffend die Aufforderung des Landesausschusses zur Beitragsleistung für die l. l. Oberrealschule; die fünfte

Sektion über einen Antrag wegen Besorgung der Petroleumbeleuchtung in jenen Theilen der Stadt und Vorstädte Marburgs, in welchen die Gasbeleuchtung noch nicht eingeführt ist; endlich über 1. Gesuch um Verleihung der Gasthauskonzession.

(Feuerwehr.) Das Gründungskomite einer freiwilligen Feuerwehr hielt gestern eine Sitzung, in welcher einige Paragraphen des Grundgesetzes, welche von der hohen Satthalterei beanstandet worden waren, abgeändert wurden.

(Turnverein.) Morgen hält dieser Verein seine regelmäßige Generalversammlung in welcher die Neuwahl des Kurathes vorgenommen wird.

(Viehseuche.) Die k. k. Bezirkshauptmannschaft Graz gibt bekannt, daß die Maul- und Klauenseuche in den Gemeinden Stiboll, Kestelbach, Strahang erloschen, dagegen in den Gemeinden Lieboch, Köppleng und Ottendorf ausgebrochen ist.

(Bei dem k. k. Bezirksgerichte Marburg) ist eine Dienerschaft mit dem systemmäßigen Bezügen zu besetzen. Die Kenntniß der slowenischen Sprache wird als wesentliches Erforderniß bezeichnet. Die Gesuche sind bis zum 8. D. z. b. J. im vorgeschriebenen Wege bei dem Kreisgerichts-Präsidium Gills zu überreichen.

(Gemeindevahlen.) Die Wahlen für die Gemeindevertretung in Jahring sind durchwegs der liberalen Sache günstig ausgefallen.

(Die Ausführung der Leibnitz-Eisbahn dürfte nicht lange auf sich warten lassen. Die voraussichtliche Rentabilität dieser Kohlenbahn hat mehrere Konventionen bewogen, sich um die Konzession für diese Bahn zu bewerben. Es ist noch unentschieden, welches der Konvention den Sieg davonträgt, allein die Entscheidung steht, wie man der „Tagespost“ von theilnehmender Seite aus Wien schreibt, nahe bevor.

(Der Verein Kolonie in Graz) hat in sämtlichen dortigen Kaffeehäusern sehr nette Sammelbüchsen mit der Aufschrift: „Cigarrenspitzen-Sammler des Vereines „Kolonie“ zur Bekleidung armer Kinder in Graz“ aufgestellt. In jedem Kaffeehause liegt außerdem ein Subskriptionsbogen zur Entgegennahme allfälliger Beitrittserklärungen auf und verdient die Bereitwilligkeit der Kaffeehaus-Inhaber, den edlen Zweck des Vereines auf diese Weise zu fördern, die wärmste Anerkennung.

(Ueberschwemmung.) Laibacher Blätter berichten, daß in allen Theilen Krains die Gewässer ihr Bett in Folge der heftigen Regengüsse verlassen haben. Die Save hat eine Höhe erreicht, wie sie solche seit 18 Jahren nicht mehr erreicht hat. In dem vormaligen politischen, nunmehrigen Gerichtsbezirke Laib hat die Baiern zwei Bauernhöfen forgeschwemmt.

(Ein Kuriosum.) Dieser Tage ist in Graz eine „Denkschrift, betreffend das fürstliche und gräfliche Gesammthaus Schönborg und dessen Anrecht auf Einräumung von Sitz und Stimme im Bundesrathe des Norddeutschen Bundes“ von Prof. Dr. Hermann Bischof, im Druck erschienen. Ueber die Tendenz dieser Denkschrift sagt das Wort Näheres. Es heißt da unter andern: „Angesichts solcher partikularstaatsrechtlicher Stellung, deren vollkommene Rechtsbeständigkeit erst in jüngerer Vergangenheit wieder durch die erste Kammer des sächsischen Landtages einstimmige Anerkennung gefunden hat, ist aber dem fürstlichen und gräflichen Gesammthause eine entsprechende gesammstaatsrechtliche Stellung, d. h. Sitz und Stimme im Bundesrathe des Norddeutschen Bundes, bisher noch nicht eingeräumt worden. In dieser Thatsache liegt unzweifelhaft eine staatsrechtliche Analogie, deren Beseitigung schon unter dem Gesichtspunkte der Staatsklugheit als wünschenswerth erscheinen muß.“ Schade, daß Deutschlands Staatsmänner anderweitig zu sehr beschäftigt sind, als Erheiterungslektüre wäre ihnen das Buch zu empfehlen.

Bermischte Nachrichten.

(General Moltke als Schriftsteller.) Dessen erstes Werk erschien im Jahre 1830 unter dem Titel: „Holland und Belgien in gegenseitiger Beziehung seit ihrer Trennung unter Philipp II. bis zu ihrer Wiedervereinigung unter Wilhelm I.“

Der Name des Verfassers lautet bescheiden „Kapitän v. Moltke“. Im Jahre 1841 erschienen

„Briefe über Zustände und Begebenheiten in der Türkei aus den Jahren 1835 bis 1839“. Als General v. Moltke tritt uns der große Schlachtenlenker zuerst in dem „Italienischen Feldzuge des Jahres 1859“ (1863) entgegen; 1865 finden wir „Bemerkungen über den Einfluß der verbesserten Schußwaffen auf das Gesecht.“ Das Hauptwerk des Generals ist naturgemäß der „Feldzug von 1866 in Deutschland.“ Auch als Uebersetzer aus dem Dänischen ist Moltke thätig gewesen. Im Jahre 1865 erschienen „Bericht über die Wirksamkeit Kolf Kraks während des Feldzuges von 1864, namentlich in Betreff der Eroberung von Alsen. Aus dem Dänischen des Dunsfeld“, ferner „Der Rückzug von Dannewirke und dessen geheime Geschichte. Vortrag. Aus dem Dänischen des Major W. Kaufmann“. Endlich ist noch zu erwähnen: „Vom 8. Sept. bis zum 18. Nov. 1863. Ein Rückblick. Nach der zweiten Auflage des Dänischen übersetzt. 1866.“

(Havana-Cigarren.) Die Finanzverwaltung hatte früher mit Hamburger Häusern Verträge wegen des Transportes der Cigarren von Havana nach Hamburg abgeschlossen, welche jedoch keine Garantie für die Lieferung intakter Waare übernehmen, daher die österreichische Finanzverwaltung oft hunderttausende beschädigte Cigarren übernehmen mußte und beträchtlichen Verlust erlitt. Aus diesem Anlasse wurden die Kontrakte mit den Hamburgern gelöst und ein günstigerer mit dem Hause Rothschild abgeschlossen. Gleichzeitig aber entschloß man sich, den Import der Cigarren aus der Havana zu reduzieren, dagegen der bereits vor längerer Zeit probeweise begonnenen Imitation der Havana-Cigarren im Inlande eine größere Ausdehnung zu geben.

Gerichtshalle.

(Die objektive Beurtheilung des „Neuen Wiener Tagblattes.“) Mittels Erkenntnisses des Wiener Landesgerichts wurde in dem Inhalte der im Wiener Tagesberichte des „Neuen Wr. Tagblattes“ Nr. 270, vom 30. September 1870 unter der Bezeichnung „Ein konfessionloser Potentat“ gebrachten Notiz das Verbrechen nach §. 83 (Majestätsbeleidigung) begründet erklärt und das weitere Verfahren eingestellt. Wir haben wiederholt unsere Ansicht über die Methode der Objektivirungen ausgesprochen und wollen heute nur daran erinnern, daß die „Grazzer Tagespost“, welcher die inkriminierte Notiz entnommen war, keinerlei preßgerichtliche Verfolgung zu bestehen hatte, während aus demselben Anlasse mit dem „Neuen Wiener Tagblatt“ gleichzeitig noch drei Wiener Blätter konfiszirt wurden. Ob auch gegen diese das objektive Verfahren beliebt wurde, ist uns nicht bekannt; als ein gewiß seltsames Zusammentreffen müssen wir es aber bezeichnen, daß das neueste gegen das „N. W. Tzbl.“ erlassene Erkenntniß das Datum des 12. November trägt, desselben Tages, in welchem dessen verantwortliche Redakteur in so eklatanter Weise von den Geschworenen nichtschuldig erkannt wurde.

Geschäfts-Zeitung.

(Beschädigte Goldmünzen.) Durchlöcherter oder außer der Abnützung durch den Verkehr wie immer beschädigte Goldmünzen werden laut einer Verordnung des Finanzministers seit dem 1. d. bei den Staatskassen weder als Zahlung, noch zur Einwechslung, sondern ausschließlich bei den Münzprägestalten und Goldauflösungsämtern nach ihrem Metallwerth angenommen.

(Wien Getreidebericht 26. Nov.) Zu Beginn der heutigen Fruchtbörse war die Tendenz eine vollkommen unausgesprochene; die Konsumenten wollten die letzten Preise nicht bewilligen, indem sie auf die sich mehrenden Lagerbestände in Wien pochen. Die Eigner andererseits glaubten nicht nachgiebig sein zu müssen, weil die Märkte noch immer schlecht befahren sind. Der Verkehr entwickelte sich schließlich zu Gunsten der Ersteren.

(Donau-Regulirungs-Anlehen.) Da bei den Ziehungen des Donau-Regulirungs-Anlehens nur die Obligationennummern, nicht aber

auch die Nummern der Interimsscheine mitzuziehen und die erste Ziehung der Obligationen schon am 2. Jänner 1871 stattfindet, werden die Besitzer von Interimsscheinen jenes Anlehens aufgefordert, die Umwechslung derselben gegen Obligationen noch im Laufe des Monats November 1870 bei der niederösterreichischen Nationalbank zu erwirken.

(Ungarische Bahnen.) Wie ein Pester Eisenbahnblatt meldet, wurde in den jüngsten Tagen von der Regierung der Ausbau der 22 Meilen langen Strecke Balanz-Dombóvár-Battaszél vertragmäßig an die Firma Max Springer vergeben. Die diesbezüglichen Pläne werden nächstens vorgelegt werden.

Original-Privat-Telegramme.

Berlin, 29. November. (Offiziell.) Noceill, 28. November. Gestern bis nach dem Eintritte der Dunkelheit siegreiche Schlacht der ersten Armee gegen die im Vorrücken begriffene feindliche Nordarmee. Der an Zahl überlegene und gut bewaffnete Feind wurde mit Verlust von mehreren Tausend Mann gegen die Somme und auf seine verhasste Stellung von Amiens zurückgeworfen. Ein feindliches Marinebataillon wurde vom 9. Husarenregimente niedergeworfen. Der eigene Verlust ist nicht unbeträchtlich.

Tours, 29. Nov. (Offiziell.) Gestern den ganzen Tag Schlacht zwischen Billers-Bretonneux bis Saluz. Der Kampf wurde gut eingeleitet und bis 1/4 Uhr Nachmittags gut geführt. Der Ort Billers-Bretonneux wurde von überlegenen Streitkräften und beträchtlicher Artillerie geräumt. In Boves erlitten wir eine Niederlage, in Dury hingegen hatten wir unsere Positionen gut behauptet. Die im Kampfe gewesenen feindlichen Streitkräfte werden auf 30 Tausend Mann geschätzt.

London, 29. November. In diplomatischen Kreisen wird, gestützt auf verlässliche Informationen, das Zustandekommen der Konferenz als gesichert angesehen.

England, Rußland und Italien sollen schon ihre Zustimmung gegeben haben, Oesterreich und die Pforte werden nun auch eingeladen werden, an den Beratungen theilzunehmen.

Man wird der Pforte aus Courtoisie Konstantinopel als den Ort vorschlagen, wo die Konferenz tagen soll; würde die Pforte das Anerbieten nicht annehmen, dann dürfte wahrscheinlich Wien proponirt werden.

London, 29. Nov. „Daily News“ melden aus Konstantinopel, daß der Sultan Ignatieff empfangen habe und die Pforte kriegerische Vorbereitungen zu Land und zur See treffe.

Die Pforte gedenkt auf den Konferenzvorschlag nicht einzugehen.

Wien, 29. November. Es heißt, daß das Zustandekommen der Konferenz von der Lösung einiger Vorfragen abhängig gemacht wird; die wichtigste dieser Vorfragen bezieht sich darauf, daß ausdrücklich konstatiert werde, wie durch den Beitritt der Mächte zur Konferenz diese Mächte keineswegs die Berechtigung Rußlands zur Aufwerfung der Pontusfrage und zum Bruche des Pariser Vertrages anerkennen. Rußland müsse ferner erklären, sich dem Beschlusse der Konferenz zu fügen.

Wien, 29. Nov. Heute findet ein Ministerrath statt, in welchem der Bismarck'sche Vorschlag wegen einer Konferenz in der Pontusfrage in Betrachtung gezogen werden wird. Der Reichskriegsminister Freiherr v. Ruhn äußerte sich heute in Delegirtenkreisen, Oesterreich-Ungarn könne in 20 bis 25 Tagen 550.000 Mann stellen.

Breslau, 29. Nov. Verlässlichen Nachrichten aus Warschau zufolge erwartet man dort in den nächsten Tagen einen Befehl des Czaren, der die Konzentrirung dreier Divisionen am Dniester anordnet. Zur Anfertigung von Patronen sind acht Millionen Rubel Silber angewiesen worden.

Wien, 28. Nov. Aus Pola ist hier die telegraphische Meldung eingelaufen, daß dort der Befehl zur schleunigsten Instandsetzung der Panzerflotte eingelangt ist, so daß dieselbe auf das erste Aviso in See gehen kann.